

**GOUVERNEMENTS DE COMMUNAUTE ET DE REGION
GEMEENSCHAPS- EN GEWESTREGERINGEN
GEMEINSCHAFTS- UND REGIONALREGIERUNGEN**

**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2017/204354]

**20. JUNI 2017 — Erlass der Regierung zur Ausführung des Dekretes vom 23. Januar 2017
zur Förderung des Tourismus in Bezug auf die Bezuschussung von touristischen Organisationen**

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekrets vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus, Artikel 22 § 2 Absatz 2 und 29 Nummer 1;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom 17. März 2017;

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 23. März 2017;

Aufgrund des Gutachtens 61.341/4 des Staatsrates, das am 3. Mai 2017 in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

Auf Vorschlag des Ministers für Tourismus;

Nach Beratung,

Beschließt:

Artikel 1 - Allgemeine Bestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter "das Dekret" das Dekret vom 23. Januar 2017 zur Förderung des Tourismus.

Alle in diesem Erlass erwähnten

1. Fristen sind in Kalendertagen ausgedrückt;
2. Personenbezeichnungen gelten für beide Geschlechter.

Art. 2 - Bezuschussung touristischer Informationsstellen

§ 1 - Der in Artikel 22 des Dekrets erwähnte Zuschuss wird mittels des Formulars beantragt, das der Minister in elektronischer und in Papierform zur Verfügung stellt.

Das Formular enthält:

1. die Angaben zur Identität des Antragstellers;
2. die Kontaktangaben und die Unterschrift eines Verantwortlichen;
3. die beantragte Förderkategorie.

Dem Antrag sind beigefügt:

1. eine Gesamtaufstellung der beschäftigten Arbeitnehmer mit Beschäftigungsumfang im Tätigkeitjahr, etwa die Lohnzusammenfassung für die Lohnkarten oder die Lohnkarten selbst;
2. der Tätigkeitsbericht des Vorjahres;
3. die Öffnungszeiten der Einrichtung;
4. der Weiterbildungsplan des Personals.

Der Minister kann weitere Unterlagen zum Beleg der Ausgaben anfragen. Dazu gehören insbesondere Arbeitsverträge, Mietverträge oder ein Raumnutzungsplan.

§ 2 - Ein erster Antrag enthält zusätzlich zu den in § 1 erwähnten Unterlagen:

1. die geplanten Aktivitäten für das laufende Jahr;
2. die Arbeitsverträge des Personals;
3. den Mietvertrag für die genutzte Immobilie bzw. den Eigentumsnachweis;
4. den Raumnutzungsplan;
5. eine gruppierte Auflistung des Informations- und Verkaufsangebots;
6. die Kontoverbindung des Antragstellers.

§ 3 - Änderungen der Trägerschaft sind dem Minister unverzüglich mitzuteilen.

Art. 3 - Verfahren zur Einstufung touristischer Informationsstellen

§ 1 - Der Fachbereich prüft die Erfüllung der Mindestanforderungen sowie der Kriterien für die Einstufung in eine der in Artikel 7 des Dekrets erwähnten Kategorien.

Diese Kontrolle erfolgt vor Ort nach Terminabsprache mit dem Träger der Informationsstelle.

§ 2 - Der Minister teilt dem Träger nach dem Ortstermin Folgendes mit:

1. die Kategorie, in die die Informationsstelle eingestuft wird;
2. die damit verbundene Höhe des Pauschalzuschusses;
3. die Modalitäten der Auszahlung.

Art. 4 - Nichteinhaltung der Mindestkriterien für die Bezuschussung touristischer Informationsstellen

Wird eine touristische Informationsstelle in einer Kategorie bezuschusst, deren Kriterien sie jedoch nicht erfüllt, werden diese in einem Bericht festgehalten. Der Träger wird aufgefordert, die Versäumnisse innerhalb einer festgelegten Frist zu beheben.

Sind die Kriterien nach Ablauf der Frist nicht erfüllt, nimmt der Minister eine Neueinstufung der Informationsstelle vor. Er teilt dem Träger innerhalb von 30 Tagen per Einschreiben mit:

1. in welche Kategorie die Informationsstelle gegebenenfalls eingestuft wird und die damit verbundene Höhe des Pauschalzuschusses;
2. ab wann die Entscheidung gilt;
3. die Höhe eventueller Rückzahlungen sowie die Frist, innerhalb derer diese zu erfolgen haben.

Der Träger kann innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach Erhalt des in Absatz 2 erwähnten Schreibens einen mit Gründen versehenen Einspruch beim Minister gegen diese Entscheidung einlegen.

Art. 5 - Antrag auf Neu-Einstufung touristischer Informationsstellen

Erfüllt eine touristische Informationsstelle die Kriterien, um in einer höheren Kategorie eingestuft zu werden, reicht der Träger einen mit Gründen versehenen Antrag beim Minister ein. Dieser bestätigt den Empfang des Antrags innerhalb von 30 Tagen und fragt gegebenenfalls zusätzliche Unterlagen an. Ansonsten gilt der Antrag als vollständig.

Der Fachbereich nimmt innerhalb von 30 Tagen nach Eingang des vollständigen Antrags eine Kontrolle vor Ort vor. Auf Grundlage des Kontrollberichtes teilt der Minister dem Antragsteller seine Entscheidung per Einschreiben mit.

Der Träger kann innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach Erhalt des in Absatz 2 erwähnten Schreibens einen mit Gründen versehenen Einspruch beim Minister gegen diese Entscheidung einlegen.

Das Anrecht auf eine Einstufung in eine höhere Kategorie im folgenden Kalenderjahr ist nur gesichert, wenn der Antrag auf Neu-Einstufung vor dem 31. August eingegangen ist.

Art. 6 - Weiterbildung des Personals

§ 1 - Gemäß Artikel 22 § 1 Absatz 3 des Dekrets können Träger von touristischen Informationsstellen Zuschüsse für berufsrelevante Weiterbildungen des vertraglichen Personals beantragen. Der Antrag erfolgt mittels des vom Minister in elektronischer und in Papierform zur Verfügung gestellten Formulars.

Das Formular enthält:

1. Angaben zur Identifizierung der Informationsstelle und der Identität des Trägers;
2. die Kontaktangaben und die Unterschrift eines Verantwortlichen;
3. jeweils eine kurze Beschreibung der Weiterbildung und Datum sowie Name(n) der teilnehmenden Personalmitglieder;
4. eine Auflistung der Kosten für Fahrt, Einschreibegebühren und Unterbringung.

§ 2 - Der Zuschuss beträgt 50 % der Fahrt- und Unterbringungskosten sowie Einschreibegebühren mit einem Maximum von 1.000 Euro jährlich pro Informationsstelle.

Zur Auszahlung des Zuschusses sind eine Teilnahmebestätigung und die Zahlungsbelege für die annehmbaren Kosten einzureichen.

Art. 7 - Initiativen zur Förderung des Tourismus

§ 1 - Gemäß Artikel 21 des Dekrets können Verkehrsvereine und Dachverbände Zuschüsse für besondere und innovative Initiativen mit ausgeprägtem touristischem und regionalem Charakter beantragen. Der Antrag erfolgt mittels des vom Minister in elektronischer und in Papierform zur Verfügung gestellten Formulars.

Das Formular enthält:

1. die Angaben zu Identifizierung der antragstellenden Vereinigung;
2. die Kontaktangaben und die Unterschrift eines Verantwortlichen;
3. die Angaben zur Initiative: Art, Datum bzw. Zeitraum, Ort(e), Zielpublikum und Zielgebiet;
4. eine Beschreibung der innovativen Initiative und ihres touristischen Mehrwerts;
5. die beantragte Höhe des Zuschusses;
6. die Kontoverbindung des Antragstellers.

Folgende Unterlagen sind dem Antrag beigelegt:

1. das Protokoll der letzten Generalversammlung und der jüngste Tätigkeitsbericht, falls die innovative Initiative nicht Teil des Protokolls ist;
2. eine Budgetplanung mit den voraussichtlichen Ein- und Ausnahmen.

Anschaffungskosten von Gegenständen, die zum Verkauf angeboten werden sowie von Getränken und Lebensmitteln gelten nicht als annehmbar.

§ 2 - Die Auszahlung des Zuschusses erfolgt nach Abschluss des Projekts und nach Vorlage folgender Unterlagen:

1. eine Aufstellung der annehmbaren Kosten und die dazugehörigen Rechnungs- und Zahlungsbelege;
2. eine Dokumentation, d.h. einen Presseartikel, Druck- oder Werbesachen, Fotos oder eine kurze Bewertung der Durchführung des Projektes.

Art. 8 - Ausrüstungsgegenstände

§ 1 - Gemäß Artikel 23 des Dekrets können Verkehrsvereine, Dachverbände und Träger von touristischen Informationsstellen eine Bezuschussung von Ausrüstungsgegenständen beantragen, die nicht zu einer Infrastruktur gehören. Der Antrag ist vor der Anschaffung zu stellen.

§ 2 - Der Antrag erfolgt mittels des vom Minister in elektronischer und in Papierform zur Verfügung gestellten Formulars.

Das Formular enthält:

1. die Angaben zur Identität des Antragstellers;
2. die Kontaktangaben und die Unterschrift eines Verantwortlichen;
3. die Angaben zu den geplanten Ausrüstungsgegenständen, deren Einsatz und Begründung der Anschaffung;
4. die Kontoverbindung des Antragstellers.

Dem Antrag sind beigefügt:

1. nach Möglichkeit zumindest drei Kostenvoranschläge;
2. der Beleg für die eventuelle Absetzbarkeit der Mehrwertsteuer.

§ 3 - Der vom Minister genehmigte Zuschuss wird ausbezahlt gegen Vorlage der annehmbaren Rechnungs- und Zahlungsbelege.

Der Antragsteller ist verpflichtet, dem Minister eventuelle Gutschriften, Kreditnoten oder sonstige Erstattungen, wie etwa der Mehrwertsteuer, mitzuteilen.

Art. 9 - Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2017 in Kraft.

Art. 10 - Durchführungsbestimmung

Der für Tourismus zuständige Minister ist mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den 20. Juni 2017

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident

O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

I. WEYKMANS

TRADUCTION
MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[2017/204354]

**20 JUIN 2017. — Arrêté du Gouvernement portant exécution du décret du 23 janvier 2017
visant à promouvoir le tourisme, en ce qui concerne le subventionnement d'organismes touristiques**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme, les articles 22, § 2, alinéa 2, et 29, 1°;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le 17 mars 2017;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 23 mars 2017;

Vu l'avis du Conseil d'État n° 61.341/4, donné le 3 mai 2017, en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2°, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Sur la proposition du Ministre compétent en matière de Tourisme;

Après délibération,

Arrête :

Article 1^{er}. Dispositions générales

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par « le décret » le décret du 23 janvier 2017 visant à promouvoir le tourisme.

Dans le présent arrêté,

1° tous les délais mentionnés sont calculés en jours calendrier;

2° toutes les qualifications de personnes s'appliquent aux deux sexes.

Art. 2. Subventionnement de centres d'information touristique

§ 1^{er} - Le subside mentionné à l'article 22 du décret est demandé au moyen du formulaire, sur support électronique ou papier, mis à disposition par le Ministre.

Le formulaire reprend :

1° les données relatives à l'identité du demandeur;

2° les coordonnées et la signature d'un responsable;

3° la catégorie de subside demandée.

La demande est accompagnée :

1° d'un récapitulatif des travailleurs occupés, avec le volume d'occupation pendant l'année d'activité, par exemple la liste salariale pour les fiches de salaire ou les fiches de salaires elles-mêmes;

2° du rapport d'activités de l'année précédente;

3° des heures d'ouverture de l'organisme;

4° du plan de formation continuée du personnel.

Le Ministre peut demander d'autres documents justifiant les dépenses. Il s'agit notamment des contrats de travail, des contrats de location ou du plan d'utilisation de l'espace.

§ 2 - Outre les documents mentionnés au § 1^{er}, une première demande reprend :

1° les activités prévues pour l'année en cours;

2° les contrats de travail du personnel;

3° le contrat de location pour les biens immobiliers occupés ou le titre de propriété;

4° le plan d'utilisation de l'espace;

5° un relevé groupé de l'offre de renseignements et de vente;

6° les coordonnées bancaires du demandeur.

§ 3 - Tout changement de pouvoir organisateur doit être immédiatement communiqué au Ministre.

Art. 3. Procédure de classification des centres d'information touristique

§ 1^{er} - Le département vérifie que les exigences minimales et les critères pour la classification dans l'une des catégories mentionnées à l'article 7 du décret soient remplis.

Ce contrôle a lieu sur place, sur la base d'un rendez-vous établi avec le pouvoir organisateur du centre d'information.

§ 2 - Après l'inspection sur place, le Ministre communique au pouvoir organisateur les informations suivantes :

1° la catégorie dans laquelle le centre d'information est classé;

2° le montant du subside forfaitaire correspondant;

3° les modalités de la liquidation.

Art. 4. Non-respect des critères minimaux pour le subventionnement de centres d'information touristique

Si un centre d'information touristique est subsidié dans l'une des catégories dont il ne remplit toutefois pas les critères, ceux-ci sont consignés dans un rapport. Le pouvoir organisateur est prié de pallier les manquements dans un délai déterminé.

Si les critères ne sont pas remplis à l'expiration du délai, le Ministre procède à une nouvelle classification du centre d'information. Dans un délai de 30 jours, il communique, par recommandé, au pouvoir organisateur :

1° la catégorie dans laquelle le centre d'information est, le cas échéant, classé et le montant du subside forfaitaire correspondant;

2° le moment auquel la décision prend cours;

3° le montant d'éventuels remboursements ainsi que le délai dans lequel ils doivent être effectués.

Le pouvoir organisateur peut introduire un recours motivé contre cette décision auprès du Ministre, et ce, dans un délai de 60 jours à compter de la réception du courrier mentionné à l'alinéa 2.

Art. 5. Demande de nouvelle classification des centres d'information touristique

Si un centre d'information touristique satisfait aux critères pour être classé dans une catégorie supérieure, le pouvoir organisateur introduit une demande motivée auprès du Ministre. Celui-ci accuse réception de la demande dans un délai de 30 jours et demande des documents supplémentaires, le cas échéant. À défaut, la demande est considérée comme complète.

Dans un délai de 30 jours à compter de la réception de la demande complète, le département effectue un contrôle sur place. Sur la base du rapport de contrôle, le Ministre communique sa décision au demandeur par recommandé.

Le pouvoir organisateur peut introduire un recours motivé contre cette décision auprès du Ministre, et ce, dans un délai de 60 jours à compter de la réception du courrier mentionné à l'alinéa 2.

Le droit à une classification dans une catégorie supérieure au cours de l'année calendrier suivante n'est garanti que si la demande pour une nouvelle classification a été introduite avant le 31 août.

Art. 6. Formation continuée du personnel

§ 1^{er} - Conformément à l'article 22, § 1^{er}, alinéa 3, du décret, les pouvoirs organisateurs de centres d'information touristique peuvent demander des subsides pour des formations continuées, professionnellement pertinentes, pour le personnel contractuel. La demande est introduite au moyen du formulaire, sur support électronique ou papier, mis à disposition par le Ministre.

Le formulaire reprend :

1° des données relatives à l'identification du centre d'information et à l'identité du pouvoir organisateur;

2° les coordonnées et la signature d'un responsable;

3° dans chaque cas, une courte description de la formation continuée ainsi que la date et le(s) nom(s) des membres du personnel qui y participent;

4° un relevé des frais de déplacement, d'hébergement et des droits d'inscription.

§ 2 - Le subside correspond à 50 % des frais de déplacement et d'hébergement ainsi que des droits d'inscription, avec un plafond annuel de 1 000 euros par centre d'information.

Une attestation de participation et les justificatifs de paiement pour les frais admissibles doivent être introduits en vue de la liquidation du subside.

Art. 7. Initiatives promouvant le tourisme

§ 1^{er} - Conformément à l'article 21 du décret, les syndicats d'initiative et les associations faitières peuvent demander des subsides pour des initiatives spéciales et innovantes ayant un caractère touristique et régional marqué. La demande est introduite au moyen du formulaire, sur support électronique ou papier, mis à disposition par le Ministre.

Le formulaire reprend :

- 1° les données relatives à l'identification de l'association demandeuse;
- 2° les coordonnées et la signature d'un responsable;
- 3° les données relatives à l'initiative : les type, date ou période, lieu(x), public cible et région cible;
- 4° une description de l'initiative innovante et de sa plus-value touristique;
- 5° le montant du subside demandé;
- 6° les coordonnées bancaires du demandeur.

La demande est accompagnée des documents suivants :

1° le procès-verbal de la dernière assemblée générale et le rapport d'activités le plus récent si l'initiative innovante ne fait pas partie du procès-verbal;

2° un plan budgétaire reprenant les recettes et les dépenses estimées.

Le prix d'acquisition d'objets proposés à la vente ainsi que celui des boissons et des denrées alimentaires n'est pas considéré comme admissible.

§ 2 - Le subside est versé après la réalisation du projet et sur présentation des documents suivants :

1° une liste des frais admissibles ainsi que les pièces comptables et les justificatifs de paiement y afférents;

2° une pièce documentaire, c'est-à-dire un article de presse, de la documentation imprimée ou publicitaire ou des photos, ou une courte évaluation de la mise en œuvre du projet.

Art. 8. Biens d'équipement

§ 1^{er} - Conformément à l'article 23 du décret, les syndicats d'initiative, les associations faitières et les pouvoirs organisateurs de centres d'information touristique peuvent demander des subsides pour acquérir des biens d'équipement qui ne font pas partie d'une infrastructure. La demande doit être déposée avant tout achat.

§ 2 - La demande est introduite au moyen du formulaire, sur support électronique ou papier, mis à disposition par le Ministre.

Le formulaire reprend :

- 1° les données relatives à l'identité du demandeur;
- 2° les coordonnées et la signature d'un responsable;
- 3° les données relatives aux biens d'équipement prévus, leur utilisation et la raison de l'achat;
- 4° les coordonnées bancaires du demandeur.

La demande est accompagnée :

1° d'au moins trois devis, si possible;

2° de la preuve d'une éventuelle déductibilité de la T.V.A.

§ 3 - Le subside octroyé par le Ministre est liquidé sur présentation des pièces comptables et des justificatifs de paiement admissibles.

Le demandeur est tenu de communiquer au Ministre d'éventuels créances, notes de crédit ou autres remboursements, par exemple la T.V.A.

Art. 9. Entrée en vigueur

Le présent arrêté produit ses effets le 1^{er} janvier 2017.

Art. 10. Exécution

Le Ministre compétent en matière de Tourisme est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le 20 juin 2017.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,

O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente,

Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

I. WEYKMANS

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2017/204354]

20 JUNI 2017. — Besluit van de Regering tot uitvoering van het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme met betrekking tot de subsidiëring van toeristische organisaties

De Regering van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme, artikel 22, § 2, tweede lid, en artikel 29, 1°;

Gelet op het advies van de inspecteur van Financiën, gegeven op 17 maart 2017;

Gelet op de akkoordbevinding van de Minister-President, bevoegd voor Begroting, d.d. 23 maart 2017;

Gelet op advies 61.341/4 van de Raad van State, gegeven op 3 mei 2017, met toepassing van artikel 84, § 1, eerste lid, 2°, van de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973;

Op de voordracht van de Minister van Toerisme,

Na beraadslaging,

Besluit :

Artikel 1. Algemene bepalingen

Voor de toepassing van dit besluit wordt onder "decreet" verstaan: het decreet van 23 januari 2017 ter bevordering van het toerisme.

Alle in dit decreet vermelde:

1° termijnen zijn uitgedrukt in kalenderdagen;

2° persoonsbeschrijvingen gelden voor beide geslachten.

Art. 2. Subsidiëring van toeristische informatiepunten

§ 1 - De subsidie vermeld in artikel 22 van het decreet wordt aangevraagd via het formulier dat de Minister elektronisch en op papier ter beschikking stelt.

Het formulier bevat:

1° de gegevens over de identiteit van de aanvrager;

2° de contactgegevens en de handtekening van een verantwoordelijke;

3° de aangevraagde ondersteuningscategorie.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken gevoegd:

1° een lijst van de tewerkgestelde werknemers met vermelding van het tewerkstellingsvolume in het activiteitenjaar, zoals de samenvatting van de lonen voor de loonfiches of de loonfiches zelf;

2° het activiteitenverslag van het voorgaande jaar;

3° de openingstijden;

4° het plan inzake voortgezette opleiding van het personeel.

De Minister kan nog andere stukken als bewijs van de uitgaven aanvragen. Daartoe behoren in het bijzonder arbeidsovereenkomsten, huurovereenkomsten of een plan waaruit blijkt hoe de ruimte wordt gebruikt.

§ 2 - Naast de stukken vermeld in § 1 bevat een eerste aanvraag:

1° de geplande activiteiten voor het lopende jaar;

2° de arbeidsovereenkomsten van het personeel;

3° de huurovereenkomst voor het gebruikte gebouw of het eigendomsbewijs;

4° het plan waaruit blijkt hoe de ruimte wordt gebruikt;

5° een gegroepeerd overzicht van het informatieaanbod en verkoop aanbod;

6° de bankgegevens van de aanvrager.

§ 3 - Wijzigingen op het gebied van de aanbieder moeten zo snel mogelijk aan de Minister worden meegedeeld.

Art. 3. Procedure voor de classificatie van toeristische informatiepunten

§ 1 - Het departement gaat na of de minimumeisen en de criteria worden nageleefd voor de classificatie in één van de categorieën vermeld in artikel 7 van het decreet.

Dat inspectiebezoek geschiedt ter plaatse na een afspraak met de aanbieder van het toeristische informatiepunt.

§ 2 - Na het inspectiebezoek ter plaatse deelt de Minister de aanbieder het volgende mee:

1° de categorie waarin het informatiepunt wordt geclassificeerd;

2° het daarmee verbonden bedrag van de forfaitaire subsidie;

3° de nadere regels voor de uitbetaling.

Art. 4. Niet-naleving van de minimumcriteria voor de subsidiëring van toeristische informatiepunten

Indien een toeristisch informatiepunt gesubsidieerd wordt in een categorie waarvan het de criteria niet vervult, worden die niet-nageleefde criteria in een verslag vastgelegd. De aanbieder wordt aangemaand de gebreken binnen een bepaalde termijn te verhelpen.

Indien de criteria na het verstrijken van de termijn nog altijd niet vervuld worden, herziet de Minister de classificatie van het informatiepunt. Hij deelt de aanbieder binnen 30 dagen per aangetekende brief mee:

1° in welke categorie het informatiepunt in voorkomend geval wordt geclassificeerd en hoe hoog de daarmee verbonden forfaitaire subsidie is;

2° vanaf wanneer de beslissing ingaat;

3° welk bedrag eventueel moet worden terugbetaald en binnen welke termijn dat bedrag moet worden terugbetaald.

Binnen een termijn van 60 dagen na ontvangst van de brief vermeld in het tweede lid kan de aanbieder een met redenen omkleed bezwaar tegen die beslissing indienen bij de Minister.

Art. 5. Aanvraag van een nieuwe classificatie van toeristische informatiepunten

Indien een toeristisch informatiepunt voldoet aan de criteria om in een hogere categorie geclassificeerd te worden, dient de aanbieder een met redenen omklede aanvraag bij de Minister in. Deze bevestigt de ontvangst van de aanvraag binnen 30 dagen en vraagt in voorkomend geval aanvullende stukken aan. Zo niet wordt de aanvraag als volledig beschouwd.

Het departement brengt binnen 30 dagen na ontvangst van de volledige aanvraag een inspectiebezoek ter plaatse. Op basis van het inspectieverslag deelt de Minister zijn beslissing per aangetekende brief mee aan de aanvrager.

Binnen een termijn van 60 dagen na ontvangst van de brief vermeld in het tweede lid kan de aanbieder een met redenen omkleed bezwaar tegen die beslissing indienen bij de Minister.

Het recht op een classificatie in een hogere categorie in het volgende kalenderjaar is alleen gewaarborgd als de aanvraag voor een nieuwe classificatie ingekomen is vóór 31 augustus.

Art. 6. Voortgezette opleiding van het personeel

§ 1 - Overeenkomstig artikel 22, § 1, derde lid, van het decreet kunnen aanbieders van toeristische informatiepunten subsidies voor beroepsrelevante voortgezette opleidingen van het contractueel personeel aanvragen. De aanvraag wordt ingediend via het formulier dat de Minister elektronisch en op papier ter beschikking stelt.

Het formulier bevat:

1° gegevens om het informatiepunt en de identiteit van de aanbieder te identificeren;

2° de contactgegevens en de handtekening van een verantwoordelijke;

3° een korte beschrijving van elke voortgezette opleiding, alsook datum en naam van de deelnemende personeelsleden;

4° een overzicht van de reiskosten, inschrijvingskosten en overnachtingskosten.

§ 2 - De subsidie bedraagt 50 % van de reiskosten, inschrijvingskosten en overnachtingskosten, met een maximum van 1.000 euro per jaar per informatiepunt.

Voor de uitbetaling van de subsidie moeten een bewijs van deelname en de betalingsbewijzen voor de aanneembare kosten worden ingediend.

Art. 7. Initiatieven om het toerisme te promoten

§ 1 - Overeenkomstig artikel 21 van het decreet kunnen verenigingen voor vreemdelingenverkeer en koepelorganisaties subsidies aanvragen voor bijzondere en innovatieve initiatieven met een uitgesproken toeristisch en regionaal karakter. De aanvraag wordt ingediend via het formulier dat de Minister elektronisch en op papier ter beschikking stelt.

Het formulier bevat:

1° de gegevens om het aanvragende orgaan te identificeren;

2° de contactgegevens en de handtekening van een verantwoordelijke;

3° de gegevens over het initiatief: aard, datum en/of periode, plaats(en), doelgroep en doelgebied;

4° een beschrijving van de innovatieve initiatieven en de toeristische meerwaarde ervan;

5° het aangevraagde bedrag van de subsidie;

6° de bankgegevens van de aanvrager.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken gevoegd:

1° de notulen van de laatste algemene vergadering en het meest recente activiteitenverslag indien het innovatieve initiatief geen deel van de notulen is;

2° een budgettaire planning met de vermoedelijke inkomsten en uitgaven.

De aankooprijks van voorwerpen die te koop worden aangeboden en de aankooprijks van drank en levensmiddelen worden niet als aanneembare kosten beschouwd.

§ 2 - De subsidie wordt uitbetaald na afloop van het project en na overlegging van de volgende stukken:

1° een overzicht van de aanneembare kosten en de daarbij horende rekenings- en betalingsbewijzen;

2° een bewijsdocument, d.w.z. een persartikel, druk- of reclamewerk, foto's of een korte evaluatie van de uitvoering van het project.

Art. 8. Uitrustingsvoorwerpen

§ 1 - Overeenkomstig artikel 23 van het decreet kunnen verenigingen voor vreemdelingenverkeer, koepelorganisaties en aanbieders van toeristische informatiepunten een subsidiëring aanvragen voor uitrustingsvoorwerpen die niet tot een infrastructuur behoren. De aanvraag moet vóór de aankoop worden ingediend.

§ 2 - De aanvraag wordt ingediend via het formulier dat de Minister elektronisch en op papier ter beschikking stelt.

Het formulier bevat:

- 1° de gegevens over de identiteit van de aanvrager;
- 2° de contactgegevens en de handtekening van een verantwoordelijke;
- 3° de gegevens over de geplande uitrustingsvoorwerpen, het gebruik ervan en de reden waarom ze worden aangekocht;
- 4° de bankgegevens van de aanvrager.

Bij de aanvraag worden de volgende stukken gevoegd:

- 1° zo mogelijk minstens drie kostenramingen;
- 2° het bewijs dat de btw eventueel aftrekbaar is.

§ 3 - De door de Minister goedgekeurde subsidie wordt uitbetaald na overlegging van de aanneembare rekenings- en betalingsbewijzen.

De aanvrager is ertoe verplicht de Minister eventuele crediteringen, creditnota's of andere terugbetalingen, zoals de belasting over de toegevoegde waarde, mee te delen.

Art. 9. Inwerkingtreding

Dit besluit heeft uitwerking met ingang van 1 januari 2017.

Art. 10. Uitvoeringsbepaling

De minister bevoegd voor Toerisme is belast met de uitvoering van dit besluit.

Eupen, 20 juni 2017.

Voor de Regering van de Duitstalige Gemeenschap:

De Minister-President,
O. PAASCH

Viceminister-President,
Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme
I. WEYKMANS

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

SERVICE PUBLIC DE WALLONIE

[2017/204326]

3 AOÛT 2017. — Arrêté du Gouvernement wallon portant clôture de la session ordinaire 2016-2017 du Parlement wallon

Le Gouvernement wallon,

Vu la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles, l'article 32, tel que modifié;

Sur la proposition du Ministre-Président,

Arrête :

Article 1^{er}. La session ordinaire 2016-2017 du Parlement wallon est close le 19 septembre 2017 au soir.

Art. 2. Le Ministre-Président est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Namur, le 3 août 2017.

Le Ministre-Président,
W. BORSUS

ÜBERSETZUNG

ÖFFENTLICHER DIENST DER WALLONIE

[2017/204326]

3. AUGUST 2017 — Erlass der Wallonischen Regierung zur Schließung der ordentlichen Sitzung 2016-2017 des Wallonischen Parlaments

Die Wallonische Regierung,

Aufgrund des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen, Artikel 32 in seiner abgeänderten Fassung;

Auf Vorschlag des Ministerpräsidenten;

Beschließt:

Artikel 1 - Die ordentliche Sitzung 2016-2017 des wallonischen Parlaments wird am 19. September 2017 abends geschlossen.

Art. 2 - Der Ministerpräsident wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Namur, den 3. August 2017

Der Ministerpräsident
W. BORSUS